

Anmerkung zur nachfolgenden Stellungnahme der Fachstelle „Heimat, Arbeit, Wirtschaft“

Der Lippische Heimatbund (LHB) hat 9 Fachstellen, die sich in unterschiedlichen Bereichen fachspezifisch engagieren, Vorschläge für die inhaltliche Arbeit des LHB unterbreiten, aber auch zu aktuellen Projekten in Lippe Stellung nehmen.

So hat sich unsere Fachstelle „Heimat, Arbeit, Wirtschaft“ zuletzt mit dem integrierten Klimaschutzkonzept des Kreises Lippe „KlimaPakt Lippe“ beschäftigt und die nachstehende Stellungnahme verfasst.

In der Stellungnahme hat die Fachstelle aus ihrer fachspezifischen Sicht die im KlimaPakt-Papier enthaltenen Schlussfolgerungen und Handlungsanweisungen überwiegend unter energetischen und wirtschaftlichen Aspekten betrachtet. Das schließt nicht aus, dass bei einer umfassenden Würdigung anderen Gesichtspunkten Vorrang eingeräumt wird. Die Stellungnahme einer Fachstelle gibt auch deshalb nicht in jedem Fall die Auffassung des Lippischen Heimatbundes wieder.

Friedrich Brakemeier
Vorsitzender des LHB

Stellungnahme zum Integrierten Klimaschutzkonzept des Kreises Lippe „KlimaPakt Lippe“

• Vorbemerkung

Die übergeordneten Ziele des KlimaPakts des Kreises leuchten unmittelbar ein. Gegen einen ressourcenschonenden Lebensstil und eine entsprechende Produktion ist wenig vorzubringen. Danach wären die Leitprojekte im Kreis Lippe (S. 34) positiv zu bewerten. Wenn sich klimaschonende Aktivitäten in Kostenersparnissen auszahlen, bedürfte es bei Industrie und Gewerbe keiner besonderen weiteren Anreize und regulierenden Eingriffe seitens des Kreises bzw. des Staates im Sinne des KlimaPakts. In diesem Zusammenhang ist also vor allem auf die Vermittlung von sachlichen Informationen Wert zu legen. Appelle an die Einsicht jedes einzelnen Bürgers sind natürlich nicht grundsätzlich sinnlos, aber doch meistens wenig wirksam (man denke an die "Maßhalteappelle der Ära Erhard"), denn die Einsichtsfähigkeit scheint nicht immer im ausreichenden Maße vorhanden zu sein.

Aber auch Verbote, gesetzliche Regelungen und/oder Gebote zu „richtigem bzw. klimaschonenden“ Verhalten sehen Volkswirte, die sich dem System der „Sozialen Marktwirtschaft“ verpflichtet fühlen, nicht per se als zielführend an. Gesetzliche Vorgaben stellen immer einen Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Wirtschaftssubjekte dar und erfordern, wenn es sich nicht nur um nichtverpflichtende Anregungen handelt, umfangreiche Kontrollmechanismen. Vernünftiger ist es, die Kräfte des Marktes wirken zu lassen. Das bedeutet aber keineswegs ein Plädoyer für ein regelloses System. Voraussetzung ist dagegen ein klarer Ordnungsrahmen, innerhalb dessen eine marktwirtschaftliche Steuerung des Wirtschaftsprozesses überhaupt erst funktionsfähig ist.¹⁾

Die vom Staat zu setzenden Regeln beziehen sich hier darauf, dafür zu sorgen, dass die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen von den Marktteilnehmern berücksichtigt werden.²⁾ Wenn ein Kraftwerk zum Beispiel CO₂ und andere Schadstoffe in die Atmosphäre abgibt, wird die Atemluft belastet und der Klimawandel befördert. Die daraus resultierenden Kosten durch Aufwendungen zur Heilung von Atemwegserkrankungen oder der unterirdischen Speicherung von CO₂ sind, sofern sie von der Allgemeinheit getragen

1) Was heute unter dem Begriff „Neoliberalismus“ verstanden wird, hat mit dem ursprünglichen Konzept aus den 30er Jahren des 20. Jahrhundert nichts zu tun. Soziale Marktwirtschaft fordert gerade den starken Staat, der in der Lage und willens ist, die nötige Wirtschaftsordnung zu setzen und zu verteidigen.

2) Das Konzept der Berücksichtigung externer Effekte (externe Kosten und externe Nutzen) ist schon seit mindestens 50 Jahren bekannt. Die Bewertung externer Effekte ist nicht immer leicht, aber es gibt Ansätze, die deutlich besser sind als nichts.

werden, externe Kosten. Entsprechend definiert sind externe Nutzen.³⁾ Werden die bisherigen externen Kosten in die Wirtschaftsrechnungen der Verursacher einbezogen (internalisiert), werden die Produkte teurer. Die Kunden werden sich überlegen, ob sie die nun teureren Produkte noch kaufen wollen. Und selbst wenn sie nicht ganz auf diese Produkte verzichten wollen oder können, so werden sie doch wegen der gestiegenen Preise sparsamer mit diesen Gütern umgehen. So dürfte sich die Tendenz entwickeln, dass Wirtschaft und Verbraucher „automatisch“ von Produkten mit hohen Klimakosten zu solchen mit geringen Kosten für Klima und Umwelt wechseln.⁴⁾

- **Zur Stärkung regionaler Kreisläufe**

Der Abbau von verkehrserzeugender und damit energieverbrauchender Arbeitsteilung zugunsten *ausgeweiteter regionaler Wirtschafts-Kreisläufe* scheint eine überzeugende und zugleich besonders wichtige Idee zu sein. Sie findet sich im KlimaPakt mehrfach. So sollen auf dem Weihnachtmarkt möglichst nur noch regional erzeugte Produkte angeboten werden (S. 55 f). Den Konsum lokaler Güter will man fördern (S. 49 ff) oder begrüßt grundsätzlich das Verbleiben von Steuern und Erträgen in der Region (S. 93).

Es spricht in der Tat viel dafür, dass ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann, wenn die in der eigenen Region üblicherweise wachsenden und/oder aufgezogenen Produkte aus Land- und Forstwirtschaft oder solche Erzeugnisse, die in der Region aus solchen Produkten hergestellt wurden, von den heimischen Käufern bevorzugt werden. Dadurch können weiträumige Transporte solcher Güter aus entfernten Regionen und somit CO₂-Emissionen vermieden werden.⁵⁾

Allerdings sollte aus diesem Aspekt nicht die Schlussfolgerung abgeleitet werden, dass aus Klimaschutzgründen ein *genereller* "regionaler Protektionismus" (also eine Einschränkung der interregionalen Arbeitsteilung) zu befürworten sei. Aus *gesamtwirtschaftlicher* Sicht ist ein derartiger Vorschlag nämlich sehr problematisch. Zwar ist anerkannt, dass Arbeitsteilung für jeden Beteiligten nicht immer nur Vorteile bringt, aber umgekehrt ist ebenso herrschende Meinung, dass Arbeitsteilung - und daraus *zwangsweise resultierender verkehrserzeugender (!)* interregionaler und internationaler Handel - einen ganz wesentlichen Beitrag zu einer "allseitigen Wohlstandssteigerung" liefert.

- 3) Öffentlicher Personennahverkehr sorgt auch dafür, dass Ballungsgebiete nicht am Verkehr ersticken. Dieser externe Nutzen wird durch den Markt (die Fahrpreise) nicht gedeckt. Aus Steuermitteln werden diese Verkehre zumindest soweit bezuschusst, dass die betriebswirtschaftlich anfallenden Kosten gedeckt werden.
- 4) Der bereits eingeführte Ansatz, Umweltzertifikate zu handeln, geht genau in diese Richtung.
- 5) Die Bevorzugung von Produkten aus der unmittelbaren Umgebung kann andere und durchaus auch erwünschte Folgen haben: Traditionelle Produktionsmethoden, kulturelle Eigenheiten oder kulinarische Besonderheiten werden erhalten.

Die Vorstellung, dass nunmehr *alle kleinräumigen Gebiete auf möglichst vielen Gebieten autark sein sollten* und dadurch gleichzeitig die Ziele "Senkung des Energieverbrauchs, Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen" erreicht werden könnten, ist gesamtwirtschaftlich nicht haltbar. Bei einer solchen Vorstellung handelt es sich eher um einen "Trugschluss der Verallgemeinerung". Dies ist ein wichtiger Aspekt, der auf die (möglichen) Unterschiede zwischen einer einzel- und einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise aufmerksam macht. Er besagt: Eine einzelwirtschaftliche Schlussfolgerung bzw. Aktion kann durchaus sinnvoll und zielführend sein. Allerdings gilt dies gegebenenfalls nur dann, wenn sie nur einer zieht bzw. ausführt. Wenn alle Individuen bzw. Regionen dieselbe Schlussfolgerung ziehen und dementsprechend handeln, kann sie für alle nutzlos, eventuell sogar schädlich werden.

Einzelwirtschaftlich (hier: für Lippe) kann es sehr wohl richtig sein, dass man in der eigenen Region Arbeitsplätze schaffen kann, indem man auf „Importe“ verzichtet. Dies gilt aber nur unter der Bedingung, dass *sonst alles gleich bleibt*. Dies ist aber eine Bedingung, die *gesamtwirtschaftlich* meistens nicht erfüllt ist. Wenn man in Lippe nur noch *heimisch produzierte* Kekse, Käse, Leuchten, Schuhe, ... absetzen will, kann das tatsächlich in Lippe Arbeitsplätze generieren, aber man vernichtet damit zwangsläufig Arbeitsplätze in den exportierenden Regionen, die bislang die nach Lippe importierten Kekse usw. produziert haben. Also können nicht *alle Regionen zusammen* so einfach die Zahl ihrer Arbeitsplätze erhöhen, indem sie sich aus der interregionalen Arbeitsteilung verabschieden.⁶⁾

Ähnlich verhält es sich mit dem Ressourcenverbrauch. Viele Produktionen von Gütern und Dienstleistungen lassen sich besonders effizient betreiben, wenn sie einen Umfang annehmen, der über den regionalen Bedarf weit hinausgeht. Man denke an einen Reisebus, besetzt mit 50 Personen. Er wird pro 100 km 30 l Dieselkraftstoff verbrauchen. Aber das sind je beförderte Person nur 0,6 l. Das ist mit keinem anderem Kraftfahrzeug zu schaffen und schon gar nicht, wenn jede Person ihren eigenen Wagen benutzt. Eine unreflektierte Konzentration auf Produkte aus der eigenen Region birgt die Gefahr in sich, dass der Energieverbrauch steigt und der Klimaschutz konterkariert wird.⁷⁾

6) Genau genommen kann es viel komplizierter sein. Werden aufgrund der kleinteiligeren Wirtschaft arbeitsintensivere Methoden eingesetzt, kann die Gesamtzahl der Arbeitskräfte steigen. Zwangsläufig verbunden ist damit aber eine Verminderung der Arbeitsproduktivität, die geringere Löhne oder höhere Preise erzwingt. Das hat wieder Folgen usf.

7) Dass es zudem mit Energiebilanzen ohnehin nicht so einfach ist, wie der erste Augenschein zu vermitteln scheint, zeigt z.B. der Markt für Äpfel: Die Kühlung der im "Alten Land" produzierten Äpfel für den Verkauf im Sommer kostet nach Untersuchungen mehr Energie als das Einfliegen der Äpfel aus Südafrika! Also folgt als zweitbeste Lösung: Drosselung der Apfelproduktion im Alten Land. Am besten wäre aber: weder Kühlung noch Lufttransport – also Verzicht auf Konsum von frischen Äpfeln im Sommer. Das käme übrigens möglicherweise auch bei der (weltweiten) Anwendung eines gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Ansatzes heraus! Aber man muss sich auch darüber klar sein: Das kann – jedenfalls zunächst mal – Arbeitsplätze sowohl hier als auch in Südafrika im Bereich der Apfelproduktion kosten und für manchen eine Verminderung an Wohlstand und Lebensqualität bedeuten.

Auf einen weiteren auf längere Sicht schädlichen Effekt einer Konzentration auf regionale Kreisläufe muss hingewiesen werden. Jede Beschränkung auf eine kleinräumige Region führt zu einer gewissen Abschottung gegenüber gesellschaftlichen, technischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen. Was sich anderswo tut, wird möglicherweise nur beschränkt oder gar nicht mehr wahrgenommen und bald ist man nicht mehr auf dem neuesten Stand, dem nationalen und internationalen Wettbewerb nicht mehr gewachsen.

Leider finden sich im KlimaPakt Lippe immer wieder Passagen, die vorgeben, die Ergebnisse gesamtwirtschaftlicher Betrachtung zu sein. Unter der Überschrift „Regionale Wertschöpfung, Effekte aus Klimaschutzkonzepten“ (S. 130 f) sind zum Beispiel die aufgeführten volkswirtschaftlichen Effekte gerade keine solchen. Und die genannten Effekte treten auch nur auf, wenn die angesprochenen Investitionen die sonst sowieso getätigten Ausgaben der Wirtschaftssubjekte übersteigen. Das ist durchaus nicht immer gegeben - zumal eine Finanzierung durch Kredite bei unsicherer Rendite nicht einfach ist.

- **Tourismus und Energieverbrauch**

Lippe soll sich zu einem "Ziel der an Energieeinsparung interessierten Touristen" entwickeln (S. 42, S. 44). Das erscheint aus mehreren Gründen problematisch: Krass formuliert kann man Tourismus grundsätzlich als "energieverzehrenden *unnötigen* Konsum" ansehen. Kein Tourismus würde auch keinen Energieverbrauch durch den Fremdenverkehr bedeuten. Allerdings wäre zu fragen, was die nicht nach Lippe kommenden Touristen stattdessen unternehmen. Fliegen sie nun um die Welt, ist hinsichtlich der Verminderung des CO₂-Ausstoßes nichts gewonnen.

Wird darauf gesetzt, den Tourismus hier dadurch zu verstärken, dass man die Besucher aus anderen Regionen mit Klimaschutzaktivitäten des Kreises abwirbt, ist man wieder beim obigen "Trugschluss der Verallgemeinerung". Und selbst wenn tatsächlich zunächst ein Zustrom von solchen Bürgern einsetzt, die an energiesparenden Beispielen interessiert sind, so dürfte dennoch bald gelten: Wenn alle übrigen Regionen dem lippischen Vorbild der Energieeinsparung gefolgt sind, gibt es keinerlei besonderen Anreiz mehr, sich in Lippe zu informieren. Auch hier haben wir es also eher mit einem "Trugschluss der Verallgemeinerung" (jetzt nur zeitlich versetzt) zu tun.⁸⁾

Diese Probleme (regionale Arbeitsteilung oder regionale Autarkie) könnten sich weitgehend "von selbst" lösen, wenn sich die Politik um die Erstellung einer umfassenden, *gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse* bemühen würde. Aber natürlich kann auch

8) Allerdings kann man die in Lippe bereits vorhandenen Windräder sehr wohl auch als für den hiesigen Tourismus kontraproduktiv bewerten, denn es bedarf schon einer "eher ungewöhnlichen *Naturliebe*", in den verstreut stehenden, immer zahlreicheren Windrädern einen Anreiz zu sehen, vermehrt gerade diese Region zu besuchen. (Vgl. oben "externe Effekte" und um Beispiel auch die Diskussion im Schwarzwald)

diese "automatische Lösung" die bisherigen regionalen, nationalen und internationalen Produktions- und vor allem auch die Arbeitsplatzverteilungen sehr deutlich verändern.

- **Austausch weniger energieeffizienter Fahrzeuge und Geräte**

Die Ausmusterung weniger energieeffizienter Geräte ist bei genauerer Betrachtung nicht immer sinnvoll. Dass ein Kreis seine Bürger anregt, solche Programme zu nutzen, ist verständlich. In einer gesamtwirtschaftlichen Energie- (und auch Ressourcen-)Bilanz ist es jedoch keineswegs zwingend von Vorteil, wenn noch nutzbare Wirtschaftsgüter (PKWs, Kühlschränke, Heizkessel) per Subvention vorzeitig ausgesondert werden, nur weil sie - verglichen mit modernen Geräten - mehr Energie verbrauchen.

Eine umfassende, langfristig angelegte Rechnung muss auch hier vielmehr die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten ehrlich erfassen. Eventuell sind die gesamtwirtschaftlichen Kosten und auch der gesamte Energieverbrauch letztlich geringer, wenn man das Produkt trotz seiner hohen *laufenden* Energiekosten noch bis zu Ende weiter nutzt. Schließlich müssen auch die (vorzeitigen) Verschrottungskosten (Energieeinsatz und Materialverlust) und die Produktionskosten (einschl. Energie- und Ressourcenverbrauch) der neuen, energieeffizienteren Produkte berücksichtigt werden. Die Aussage: „...so dass sich ein teureres, aber energiesparendes Gerät schnell für Geldbeutel und Klima rechnet“ (S. 115) ist viel zu unspezifisch. Sie kann, muss aber weder aus einzelwirtschaftlicher Sicht noch bei volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise stimmen.

- **Hausdämmung**

Dass die energetische Sanierung älterer Häuser zu erheblichen Einsparungen beim (laufenden!) Energieverbrauch führen kann, ist kaum zu bezweifeln. Im Klimapakt wird als Beispiel ein Haus angeführt, dessen Baujahr zwischen 1949 und 1957 liegt. Als Kosten werden 55.000 € angegeben. (S. 123) Nähere Angaben werden nicht gemacht, es wird aber auf www.sanierungskonfigurator.de verwiesen. Leider fehlen auch hier alle weiteren Angaben über den Zustand des Hauses, den vorherigen Energieverbrauch und die angenommenen Ersparnisse. Ob sich der Einsatz der Investitionskosten für den Eigentümer finanziell auszahlt, ist weder zu erkennen, noch kann er nachvollzogen werden. Interessant wäre besonders, in welchem Umfang einzelne Sanierungsmaßnahmen zu einzelwirtschaftlichen (und letztlich auch gesamtwirtschaftlichen!) Energieeinsparungen führen würden. Angaben dazu fehlen.

- **Zusammenfassung**

Es ist im Rahmen einer dem Umfang nach begrenzten Stellungnahme unmöglich, alle Ungenauigkeiten, fehlerhaften Schlussfolgerungen und unbegründeten Annahmen aufzuführen. Viele Wiederholungen ermüden den Leser. Der Abschnitt „Energie und CO₂-Bilanz“ ist im ersten Teil weitgehend unverständlich. Es ist erstaunlich und überflüssig, dass im KlimaPakt Sätze vorkommen wie zum Beispiel: „Energieträger mit hohem Kohlenstoffanteil setzen im Verhältnis mehr Kohlendioxyd frei als Energieträger mit einem

geringeren Anteil.“ (S. 23) Interessant ist zudem unter der Überschrift „Realisierte Maßnahmen“ zu lesen: „Die Kreisverwaltung strebt an (!), die eigene Fahrzeugflotte mit klimaschonenden Fahrzeugen zu ergänzen und umzustellen.“ (S. 6) oder „Der Kreis Lippe hat sich per politischem Beschluss zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2020 30 % des lippischen Energiebedarfs durch Windenergie gedeckt werden.“ (S. 8)

Die Fachstelle bedauert, dass kein Konzept vorgelegt wurde, das möglichen Klimaschutzmaßnahmen *gesamtwirtschaftliche* Kosten und Nutzen gegenüberstellt. Das ist zugegebenermaßen nicht einfach. Die Vorstellung vordergründig klimaschonender Maßnahmen reicht nicht. Meistens fehlen auch belastbare Angaben über die *privatwirtschaftlichen* Kosten und Erträge der vorgeschlagenen Aktivitäten.

Es finden sich im KlimaPakt Lippe Vorstellungen und Maßnahmen, die auch aus der Sicht der Fachstelle geeignet sind, die klimaschädlichen Einträge in die Atmosphäre zu verringern. Viele Vorschläge bedürfen jedoch einer genaueren umfangreicheren Untersuchung, ehe ein belastbares Urteil abgegeben werden kann. Und dann sind Vorstellungen zu finden, die sicherlich aus einer Reihe von Gründen dem Klima schaden würden, wenn sie verwirklicht werden sollten. Die Fachstelle empfiehlt deshalb, sich nicht an den Aussagen und Projekten des KlimaPakts Lippe zu orientieren sondern hält eine gesonderte sorgfältige Prüfung der jeweils beabsichtigten Maßnahme für unerlässlich.

Im „KlimaPakt Lippe“ wird bedauerlicher Weise überhaupt nicht thematisiert, dass der erwartete Klimawandel wohl auch Vorkehrungen erforderlich macht, um seine Auswirkungen auf die unterschiedlichsten Bereiche erträglich zu machen oder wenigstens abzumildern. Wie will man in Lippe zum Beispiel mit Perioden längerer Trockenheit oder großer Hitze umgehen? Gibt es schon Pläne für Klimaanlageanlagen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen? Die Fachstelle regt an, sich mit diesem Themenkomplex ebenfalls zu beschäftigen.